

GLOBALER KAPITALISMUS

INHALT

- 1 "MARKT" VERSUS "PLAN"
 - 1.1 Sowjetische Debatten
 - 1.2 Die sozialistische Rechnungsdebatte
- 2 NEOLIBERALISMUS
 - 2.1 Entstehung des Neoliberalismus
 - 2.2 Kerngedanken des Neoliberalismus
 - 2.3 Wirkungsgeschichte des Neoliberalismus
- 3 MONETARISMUS
 - 3.1 Entstehung des Monetarismus
 - 3.2 Kerngedanken des Monetarismus
 - 3.3 Wirkungsgeschichte des Monetarismus
- 4 POLIT-ÖKONOMISCHE DEBATTEN NACH DEM FORDISMUS
 - 4.1 Die Globalisierungsdebatte: Welt-System-Theorie versus Regulationstheorie
 - 4.2 Frauenbewegung und Feministische Ökonomie
 - 4.3 Die Ökologiedebatte

1 "MARKT" VERSUS "PLAN"

1.1 Sowjetische Debatten

Mit der russischen Oktoberrevolution im Jahr 1917 stand das erste Mal die Frage einer praktischen Alternative zum Kapitalismus auf der Tagesordnung. Ein ausgearbeitetes Konzept gab es hierfür nicht. Karl Marx, Friedrich Engels und ihnen nachfolgende marxistische PolitökonomInnen hatten im wesentlichen eine kritische Analyse der kapitalistischen Ökonomie vorgelegt, ihre Ausführungen zu einer nach-kapitalistischen Ordnung waren jedoch vage geblieben. Zudem fand die russische Revolution nicht in einem hochentwickelten Industrieland, sondern in einer agrarisch, noch partiell feudal geprägten Gesellschaft statt. Damit standen die russischen Revolutionäre auch vor einer entwicklungspolitischen Herausforderung.

Die theoretischen Diskussionen in der Sowjetunion drehten sich in den 20er Jahren daher einerseits um den passenden Regulationsmodus, andererseits um die entwicklungspolitischen Prioritäten. An ihnen beteiligten sich sowohl Parteiführer wie Wladimir Iljitsch Lenin, Josef Stalin, Leo Trotzki oder Nikolaj Bucharin, der in Wien Ökonomie studiert hatte, sondern auch hohe Verwaltungsfunktionäre und Intellektuelle. Zu diesen zählten frühere menschowistische Sozialdemokraten wie Groman, Bazarov und Ginzburg, frühere "Volkstümler" wie Nicolaj Kondratiev, Alexander Chayanov oder Chelintsev und selbst Nicht-Sozialisten wie Litoshenko oder Kutler. Die Theorieentwicklung war unmittelbar mit der Praxis verbunden. Viele der führenden Wissenschaftler arbeiteten im Planungsapparat.

Der Planungsapparat bildete sich infolge der **Vergesellschaftung** der Produktion und der Schaffung eines neuen **Regulationsmodus** heraus. Bei der Vergesellschaftung war die Frage, welche Form sie annehmen und wie weit sie gehen würde. Relativ schnell wurde deutlich, dass Vergesellschaftung weitgehend mit Verstaatlichung gleichgesetzt wurde. Wenig strittig war die Verstaatlichung des Finanzsektors, der Infrastruktur und industrieller Großbetriebe. Hingegen gab es eine intensive

Debatte über die Sozialisierung der Landwirtschaft. Nach Überwindung der Kriegswirtschaft plädierte eine Gruppe um Bucharin für die Beibehaltung einer kommerziell orientierten Kleinbauernschaft, der über die Bereitstellung von Industriegütern Produktionsanreize geboten werden sollten. Das bedeutete auch, die Austauschverhältnisse zwischen Landwirtschaft und Industrie nicht allzu sehr zuungunsten der Landwirtschaft zu gestalten. Hingegen plädierte die Linke um Preobrazhensky für eine rasche Sozialisierung der Landwirtschaft und einen starken Ressourcenabzug aus der Landwirtschaft. Sie sahen in der Beibehaltung von privater Landwirtschaft die Gefahr, dass eine Agrarbourgeoisie entstünde, die gegenüber dem Sozialismus feindlich eingestellt wäre. Außerdem war für sie die Landwirtschaft die einzige Quelle, aus der Ressourcen für einen raschen Industrialisierungsprozess gezogen werden konnte. Nach einer kurzen Phase einer den Privatsektor tolerierenden Neuen Ökonomischen Politik setzte sich die Parteilinke durch. Damit stellte sich verschärft die Frage nach der Regulation einer umfassend verstaatlichten Wirtschaft. Einige Anleihen für die neuen Lenkungsmethoden wurden aus der Organisation der deutschen Kriegswirtschaft im 1. Weltkrieg gezogen. Um kapitalistische Waren- und Geldverhältnisse zurückzudrängen, wurde ein administratives Planungssystem geschaffen, das stark mit quantitativen (nicht-monetären) Indikatoren arbeitete. Dies machte es unter anderem auch erforderlich, statistische Verfahren zur Abbildung der Verflechtung verschiedener Branchen und Sektoren zu erarbeiten. So wurden von einer Gruppe um Groman und Popov schon in den 20er Jahren eine frühe Form von Input-Output-Tabellen entwickelt.

Der zweite zentrale Diskussionsstrang bezog sich auf die **entwicklungspolitischen Prioritäten**. Hier plädierte Maslov für eine graduelle Strategie. Sie sollte infolge des hohen Arbeitskräfteüberschusses und knapper materieller Ressourcen auf eine kapitalsparende und arbeitsintensive Technik aufbauen. Kurzfristig erzielbare Überschüsse sollten im Vordergrund stehen. Daher plädierte er für eine Akzentsetzung bei der Landwirtschaft und Leichtindustrie. Andere Ökonomen wie Bernstein-Kogan argumentierten, dass die sowjetische Ökonomie so auf lange Sicht zu einer langsamen Entwicklung verurteilt würde. Die Alternative sei den Akzent auf Grundindustrien und Infrastruktur zu setzen und dabei im Interesse einer langfristigen Dynamik niedrigere kurzfristige Ertragsraten in Kauf zu nehmen. Auch eine Mischstrategie, die in Prioritätssektoren (Energieerzeugung, Transport) eine geringere kurzfristige Rentabilität in Kauf nähme und eine rentabilitätsorientierte Strategie im Rest der Sektoren verfolgen würde, wurde - von Bazarov - vorgeschlagen. Einige analoge Diskussionen gab es auch in Zentralosteuropa in der Zwischenkriegszeit. Grundelemente der sowjetischen Debatte wurden in der entwicklungstheoretischen Diskussion der westlichen Welt in den 50er Jahren wiederaufgenommen. So findet man dort die Diskussion zwischen "ausgewogenem" und "nichtausgewogenem" Wachstum wieder. Die Wachstumstheorie des westlichen Nachkriegsmainstreams erhielt sogar einige unmittelbare Impulse aus der sowjetischen Debatte der 20er Jahre. So bezog sich der bekannte Wachstumstheoretiker E. Domar beispielsweise explizit auf den sowjetischen Theoretiker Feldman.

In der Sowjetunion setzten sich die Parteigänger einer "unausgewogenen" Wachstumsstrategie mit einer Akzentsetzung auf der Schwerindustrie und einem massiven Ressourcentransfer von der Landwirtschaft in die Industrie durch. Diese Wachstumsstrategie musste gegen erhebliche - passive - Widerstände vor allem der Landbevölkerung durchgesetzt werden. Die Durchsetzungsmethoden des aufziehenden Stalinismus waren außerordentlich brutal. Die sich stalinisierende Parteiführung machte weitere Debatten über den Entwicklungsweg in den folgenden Jahrzehnten unmöglich. Viele der Theoretiker der 20er Jahre waren im Stalinismus Opfer einer massiven Repression. Damit konnten ihre Erkenntnisse in ihrem Ursprungsland nicht mehr fruchtbar werden.

1.2 Die sozialistische Rechnungsdebatte

Die Diskussion über "Markt" und "Plan" blieb nicht auf die Sowjetunion beschränkt. Vielmehr wurde sie auch in westlichen Ländern aufgegriffen. Besonders grundlegend war hierbei die sogenannte "sozialistische Rechnungsdebatte" in der Zwischenkriegszeit. In ihrem Zentrum stand die Frage nach der **Rationalität** (staats-)sozialistischer bzw. kapitalistischer Ökonomien. Der Großteil ihrer Protagonisten kam aus Mittelosteuropa, speziell aus Österreich, das in dieser Zeit sozial und politisch hoch polarisiert war.

Als **liberale Kritiker** jeglicher Art der Planung traten die beiden österreichischen Ökonomen Ludwig Mises und Friedrich August Hayek auf den Plan. Sie zählten später zu den international bekanntesten Neoliberalen.

Die **Gegenpositionen** wurden von Otto Neurath, Oskar Lange und Maurice Dobb markiert. Otto Neurath gehörte zum philosophischen "Wiener Kreis", war in der kurzlebigen bayrischen Revolutionsregierung nach dem 1. Weltkrieg und später in der Wiener Siedler- und Genossenschaftsbewegung engagiert. Der polnische Ökonom Oskar Lange, der lange Jahre an Studienaufenthalten in den USA und Großbritannien verbrachte, oszillierte lange zwischen einer "linken" Neoklassikinterpretation und dem Marxismus und näherte sich nach dem 2. Weltkrieg zunehmend dem Marxismus an. Ab den späten 50er Jahren war er eine Leitfigur der osteuropäischen Reformdebatte. Maurice Dobb war der wohl bekannteste marxistische Ökonom Großbritanniens.

Die grundlegendste, wenn auch lang Zeit in Vergessenheit geratene Debatte wurde zwischen Mises und Neurath geführt. Im Kern ging es hierbei um unterschiedliche Rationalitätsvorstellungen. Mises ging von der These aus, dass rationale Entscheidungen die **Kommensurabilität**, d.h. Vergleichbarkeit mit demselben Maß, verschiedener Werte erfordern. Denn nur so könnten Kosten und Nutzen kalkuliert und mit einander abgeglichen werden. Damit ist eine einheitliche Maßeinheit erforderlich. Als einzig adäquate Einheit sah Mises **Geldeinheiten**. Eine rationale Kalkulation schien Mises nur unter den Bedingungen von Privateigentum an Produktionsmitteln und Märkten möglich. Neurath hingegen argumentierte, dass Entscheidungen unter Unsicherheit erfolgten, Rationalitätsregeln selten ein eindeutiges Ergebnis ergäben und nicht von einer umfassenden Kommensurabilität ausgegangen werden könne. Daher müssen bei einer Entscheidungsfindung zwischen qualitativ verschiedenen Alternativen für Neurath auch immer **ethische** und **politische** Erwägungen ins Spiel kommen. In der sozialdemokratischen Monatsschrift "Der Kampf" fasste Neurath 1925 seine Position so zusammen: "An die Stelle der Geldrechnung einzelner Betriebe im Kapitalismus tritt die Naturalrechnung mit Nützlichkeitsabschätzung der Gesamtwirtschaft im Sozialismus." Zu diesen Nützlichkeitsabschätzungen zählten für Neurath ausdrücklich auch die ökologischen Folgen von Produktion und Konsum. Neurath ist in der kritischen ökologischen Diskussion des späten 20. Jahrhunderts denn auch mit seiner Kritik der Kommensurabilität wiederentdeckt worden.

Der zweite, weit bekanntere Hauptstrang der Debatte setzt - sowohl bei Marktwirtschaftlern wie auch Anhängern der Planung - die **Kommensurabilität** voraus. Seine Hauptprotagonisten waren Mises, Hayek, Lange und Dobb. Lange setzte Mises ein im Prinzip neoklassisches Modell "simulierter Märkte" auf Grundlage kollektiven Eigentums entgegen. Hatte beim bekannten neoklassischen Ökonomen Léon Walras ein Auktionator die Aufgabe, über einen Auktionsprozess die korrekten Austauschrelationen festzustellen, so sah Lange eine vergleichbare Rolle für die Planungsbehörde vor. Dargestellt wurde das Ganze in einem komplexen Gleichungssystem. Ähnlich wie Walras' neoklassisches Modell war Langes Modell statisch angelegt.

Grundlegender war die Kritik von Dobb. Dobb kritisierte die Orientierung der "sozialistischen" Neoklassiker auf die statische Frage der Allokation gegebener Ressourcen. Vielmehr seien dynamische Fragen von großer Wichtigkeit. Hierbei werde es deutlich, dass es nicht nur um die Frage des Eigentums, sondern auch einer genuinen **Planung** gehe. Planung hatte aus Sicht von Dobb zwei zentrale Vorteile: Planung mache es möglich, die mit einer Marktproduktion verbundenen Unsicherheit durch vorhergehende Abstimmung zu überwinden. Die Konsequenzen der Unsicherheit seien speziell bei Investitionsentscheidungen, die längerfristige Weichenstellungen vornehmen, besonders groß. Als zweites Argument brachte Dobb vor, dass ein Planungssystem ermögliche, die sozialen Konsequenzen von Produktionsentscheidungen angemessener zu berücksichtigen.

Der neoliberale Hayek übte in gewisser Weise Kritik sowohl am frühen Mises wie an Lange und Dobb. Er setzte an der Frage des Wissens an. Sein zentrales Argument war, dass es in einer Ökonomie verstreutes, implizites Wissen gebe. Dieses könne nur in einer dezentralen Markt-, nicht aber in einer zentralisierten Planungsordnung genutzt werden. Dem Unternehmer kommt aus dieser Sicht die Aufgabe zu, bislang unentdeckte Gelegenheiten wahrzunehmen. Der Markt fungiert als "Entdeckungsverfahren". Hayek argumentiert hier allerdings nicht konsistent innerhalb seines methodischen Rahmens eines methodologischen Individualismus. Wissen und Lernen sind gesellschaftliche Prozesse, die mit den Begrifflichkeiten des methodologischen Individualismus nicht zu fassen sind. Trotz der methodologischen Inkonsistenz bei Hayek selbst hat die Frage des Wissens

in der weiteren Planungsdebatte durchaus eine Rolle gespielt. Auch grundsätzliche Befürworter einer ökonomischen Planung in westlichen Ländern befürworteten aufgrund der komplexen Wissensanforderungen im Vergleich zum sowjetischen Modell dezentralere (und demokratischere) Formen der Planung.

Ab ca. Mitte der 50er Jahre ist sowohl die Frage der Regulationsmethoden im Staatssozialismus wie die Akzentsetzung auf der schwerindustriellen Entwicklung in Osteuropa - im Gefolge einer allmählich nachlassenden Wachstumsdynamik - mehrfach kritisch infrage gestellt worden. Die reformistischen Strömungen in der wirtschaftswissenschaftlichen Diskussion Osteuropas gingen hierbei implizit von einer Kommensurabilität bei polit-ökonomischen Entscheidungsalternativen aus. Um einer intensiveren Form des Wirtschaftswachstums den Weg zu bereiten, plädierten sie für eine Wiederinkraftsetzung von (monetären) Rentabilitätskalkülen, die durch die sowjetischen Planungsmethoden außer Kraft gesetzt worden waren. Gesellschaftliche Formen des Eigentums wollten sie beibehalten. In den politischen Auseinandersetzungen konnte sich diese Strömung nicht nachhaltig durchsetzen. Die von ihnen vorgeschlagenen Reformen hätten in der Gesellschaftsordnung einen gewissen Fremdkörper dargestellt, wie der ungarische Ökonom J. Kornai hervorhebt.

In der kapitalistischen Transformation der 90er Jahre spielten die früheren Reformökonomien kaum eine Rolle. Vielmehr gaben Neoklassiker und Ökonomen in der Nachfolge von Mises und Hayek den theoretischen Ton in der Transformationsdebatte an. Diese waren in ein Netzwerk von internationalen Organisationen und einem weit verzweigten Stiftungsnetzwerk (Mises Institut, Hayek Stiftung etc.) eingebunden. Gleichzeitig kam es infolge krisenhafter Entwicklungen und sozialer Polarisierung in manchen Staaten des Südens und des früheren Westens zu einem leichten Wiederaufleben der Debatte um eine Demokratisierung der Wirtschaftspolitik. Diese setzt partiell an Neuraths Kritik der Kommensurabilität an und zeigt sich kritisch gegenüber den Visionen einer neoklassischen Marktmechanik wie gegenüber einer entpolitisierten Staatsmechanik.

2 NEOLIBERALISMUS

2.1 Entstehung des Neoliberalismus

Der Neoliberalismus entstand in der Zwischenkriegszeit als Gegenbewegung zu sozialistischen und sozialreformerischen Strömungen. Die neoliberalen Theoretiker forderten liberale Auswege aus der Stabilisierungskrise unmittelbar nach dem 1. Weltkrieg sowie der großen Weltwirtschaftskrise. Neoliberale Doktrinen hatten ihren Ursprung speziell in Zentraleuropa (Deutschland und Österreich), wo die Entwicklung der Zwischenkriegszeit besonders krisenhaft verlief und das gesellschaftliche Konfliktniveau besonders hoch war. Nur ein Teil der neoliberalen Ökonomen, wie zum Beispiel Walter Eucken, war zu dieser Zeit auf universitären Lehrstühlen zu finden, andere waren, wie Ludwig Mises, Ludwig Erhard oder Alexander Rüstow Funktionäre von Unternehmerverbänden, oder, wie Friedrich August Hayek, in der außeruniversitären Forschung mit starkem Politikbezug tätig. Von daher war zunächst oft ein recht starker Bezug zum politischen Alltagsgeschäft gegeben. Einige der neoliberalen Theoretiker traten in den späten 20er und frühen 30er Jahren mit autoritären Politikvorstellungen hervor. So forderte beispielsweise der Deutsche Alexander Rüstow eine autoritäre Herrschaftsform, die Interessengruppen zurückdrängen würde oder lobte Ludwig Mises in den 20er Jahren ausdrücklich den italienischen Faschismus. Der Kern der deutschen neoliberalen Gruppe konnte während des Nazi-Faschismus ungehindert publizieren. Teils war er bis 1945, wie Alfred Müller-Armack, in der NSDAP organisiert, teils gab es gegen Kriegsende lockere Kontakte zu konservativen Widerstandsgruppen. In Einzelfällen gingen deutsche Neoliberale, wie Alexander Rüstow und Wilhelm Röpke, ins Exil - in diesen beiden Fällen in die kemalistische Türkei. Die Hauptprotagonisten des österreichischen Liberalismus wechselten an angelsächsische Universitäten. Dort trugen sie zur Bildung eines anglo-amerikanischen Zweiges des Neoliberalismus bei. Diesem

waren - neben Mises und Hayek - auch Fritz Machlup, Arnold Harberger, Milton Friedman, George J. Stigler, Ronald H. Coase oder James Buchanan zuzurechnen. Sowohl die zentraleuropäischen wie die angelsächsischen Neoliberalen verankerten sich in den Universitäten und gründeten gleichzeitig ein Netz internationaler wie nationaler "Think Tanks" zur Verbreitung ihrer Lehre. Der bekannteste dieser Think Tanks ist die 1947 gegründete Mont Pèlerin Society, in der sich die Crème des europäischen wie angelsächsischen Neoliberalismus zusammenfand. Die Hauptstoßrichtung neoliberaler Theoriebildung war nach dem 2. Weltkrieg gegen den Keynesianismus und die Wohlfahrtsstaatlichkeit gerichtet.

2.2 Kerngedanken des Neoliberalismus

Auch wenn im wirtschaftspolitischen Kernprogramm zwischen zentraleuropäischem und angelsächsischem Neoliberalismus ein hohes Maß an Übereinstimmung besteht, so sind im Argumentationsgang doch Unterschiede zu erkennen. Die Hauptargumentationslinien sollen vor allem in Bezug auf den deutschen Ordoliberalismus (dessen wichtigster Vordenker Walter Eucken war) und die österreichische Schule (Hayek und Mises) dargestellt werden.

Beide Schulen entwickelten eine Unterscheidung von **Wirtschaftsordnungen** anhand des Koordinationsmodus. Eucken unterscheidet anhand dieses von ihm als zentral angesehenen Kriteriums zwei Idealtypen: die "**zentralgeleitete Wirtschaft**" und die "**Verkehrswirtschaft**". Die zentralgeleitete Wirtschaft ist für ihn "dadurch gekennzeichnet, dass die Lenkung des gesamten wirtschaftlichen Alltags eines Gemeinwesens auf Grund der Pläne einer Zentralstelle erfolgt. ... Setzt sich hingegen die gesellschaftliche Wirtschaft aus zwei oder vielen Einzelwirtschaften zusammen, von denen jede Wirtschaftspläne aufstellt und durchführt, so ist das Wirtschaftssystem der Verkehrswirtschaft gegeben." Elemente dieser Grundformen finden sich für Eucken in allen Epochen der Wirtschaftsgeschichte. Eine ähnliche Unterscheidung trifft auch, wenngleich weniger systematisch hergeleitet, Mises. Diese Art der Unterscheidung ermöglicht es, den Faschismus, speziell seine nazistische Variante, nicht mehr der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, sondern in der Tendenz eher der zentralgeleiteten Wirtschaft zuzuordnen. Genau das ist auch die Stoßrichtung der Argumentation von Mises. Insofern handelt es sich um das wirtschaftstheoretische Gegenstück zur Totalitarismustheorie, welche Totalitarismus, worunter sie Faschismus und Kommunismus versteht, und Demokratie gegeneinander setzt.

Die Neoliberalen sind Anhänger der "Markt- oder Verkehrswirtschaft". In der Herleitung der Durchsetzung des von ihnen präferierten Wirtschaftsmodells unterscheiden sich Eucken und Hayek jedoch gravierend. Dies hängt zum Teil mit ihrem Menschenbild und damit verbundenen impliziten gesellschaftstheoretischen Vorstellung zusammen. Eucken basiert seine Theorie nicht auf dem methodologischen Individualismus. Eine Marktordnung ist für ihn politisch zu begründen. Die Wirtschaftsverfassung wird somit bewußt geschaffen. Die staatlich geschaffene Ordnung samt ihren Gesetzen hat das Funktionieren einer Marktwirtschaft zu gewährleisten. Hayek geht hingegen vom methodologischen Individualismus aus. Eine Marktwirtschaft setzt sich für ihn in spontanen Prozessen als "spontane Ordnung" durch. Gleiches gilt für die damit korrelierende politische Ordnung, an der Hayek primär die Rechtsordnung als abstraktes Regelsystem für den wirtschaftlichen Austausch interessiert. Damit vertritt Hayek eine Art des Sozialdarwinismus. Es bleibt bei ihm allerdings unklar, welche Selektionsmechanismen der Marktwirtschaft und einer liberalen Rechtsordnung zum Durchbruch verhelfen.

Sowohl Hayek als auch Eucken plädieren für eine **Abschottung des Staates** von Interesseneinflüssen und Massendemokratie. So hebt Hayek in "Die Verfassung der Freiheit" hervor, dass Freiheit und Demokratie zu unterschiedlichen Registern gehören und für ihn potentiell in Widerspruch geraten können. Freiheit ist für Hayek wirtschaftliche Dispositionsfreiheit, Demokratie Regierung aufgrund von Mehrheitsentscheidungen. Solche Mehrheitsentscheidungen können auch Eingriffe in die Dispositionsfreiheit beinhalten. Hierin liegt für Hayek die Gefahr der Demokratie. Er plädiert als Schutzmechanismen u.a. für ein eingeschränktes Wahlrecht und eingeschränkte politische Entscheidungsspielräume. Im Zweifel gibt er der Freiheit den Vorzug vor der Demokratie. Insofern Hayek demokratische Entscheidungsspielräume bewußt durch gesetzliche (und damit auch gesetzte) Maßnahmen einschränken will, geht er implizit auch von der Vorstellung einer spontanen

Ordnung ab. Denn durch das Setzen verfassungsrechtlicher Bestimmungen möchte er eine spontane Entwicklung in einer von ihm nicht gewünschten Richtung verbauen. Eucken wendet sich scharf gegen den Einfluss von Interessengruppen auf staatliche Politik und einen starken, zur (autonomen) Regeldurchsetzung befähigten Staat. In eine ähnliche Richtung geht die Kritik von Alexander Rüstow - der sich zur Form der Staatlichkeit deutlicher als Eucken äußert - an der "pluralistischen Entartung des Staates". Seine Kritik gilt Interessengruppen, speziell Gewerkschaften, und dem Parteiensystem. Konsequenz aus seiner Kritik ist, staatliche Entscheidungsstellen von Interessenkämpfen abzuschirmen. Dies ist eine autoritäre Politikvorstellung.

Hayek wie Eucken gestehen dem Staat nur eine eingeschränkte Rolle zu, unterscheiden sich jedoch in den Entscheidungskriterien für eine angemessene Staatstätigkeit. Für Hayek ist das zentrale Kriterium die Regelbindung staatlicher Politik. Damit werden diskretionäre Eingriffe, wie sie die keynesianische Wirtschaftspolitik vorsieht, von Hayek abgelehnt. Für Eucken hingegen ist die Gewährleistung der Wettbewerbsordnung das zentrale Kriterium.

An der Frage des **Wettbewerbs** scheiden sich die wirtschaftspolitischen Geister Hayeks und Euckens am deutlichsten. Dabei ist für beide der Wettbewerb zentral für das Funktionieren einer Marktwirtschaft. Hayek akzentuiert vor allem den Wettbewerb als Entdeckungsverfahren. Eucken sieht Wettbewerb nicht nur als Voraussetzung einer korrekten Preisbildung, sondern auch als Mittel zur Verhinderung der Zusammenballung wirtschaftlicher Macht. Hieraus ergeben sich unterschiedliche wettbewerbspolitische Handlungsperspektiven. Hayek stellt auf Wettbewerbsfreiheit ab und setzt auf Privatklagen gegen regelverletzendes Verhalten. Eucken hingegen plädiert für ein staatliches Eingreifen gegen Monopole. Dies will er einer unabhängigen Wettbewerbsbehörde übertragen, die Monopole zerschlagen bzw., wenn diese unvermeidlich sind, regulieren soll. In einer Anti-Monopol-Gesetzgebung sieht er auch ein Mittel gegen private Machtkonzentration.

Hayek wie Eucken hatten eine restriktive Vorstellung von staatlicher **Sozialpolitik**. Diese wird jedoch unterschiedlich argumentiert. Hayek wendet sich gegen jede Form von Gerechtigkeitsvorstellungen und lehnt eine an bestimmten Zielstandards orientierte Sozialpolitik ab. Insofern Sozialpolitik das Funktionieren des Marktes nicht tangiert, hatte er gegen regelorientierte Sozialpolitik, z.B. eine minimales Grundeinkommen, zumindest in seinen früheren Schriften nichts einzuwenden. Eucken hingegen hat, hier einmal in der Tradition der historischen Schule, nichts per se gegen zielorientierte sozialpolitische Maßnahmen einzuwenden. Seine Standards sind jedoch eher gering. Als beste Form der Sozialpolitik betrachtet er die Gewährleistung einer Wettbewerbsordnung. Die Ausführungen eines der Väter der "sozialen Marktwirtschaft" zur Sozialpolitik sind fragmentarisch und eher restriktiv angelegt.

Hayek wie Eucken plädieren für eine regelgebundene, "entpolitisierte" **Geldpolitik**. Insofern haben sie eine gemeinsame Frontstellung gegen eine diskretionäre, keynesianische Geldpolitik. Doch gibt es auch wichtige Unterschiede in ihrer Konzeption der Regelbindung. Eucken plädiert für eine Bindung der Geldbasis an einen Warenstandard nach dem Vorbild des zuvor verbliebenen Goldstandards. Aber auch die Giralgeldschöpfung will Eucken, dessen Vertrauen in die Märkte begrenzt ist, durch hohe Reserveanforderungen scharf begrenzen. Hayek hingegen plädierte in den 70er Jahren des 20. Jahrhunderts für eine Privatisierung und Entnationalisierung des Geldes.

Gemeinsam ist Mises, Hayek und Eucken die Vorstellung, dass diskretionäre Staatsintervention zu einer spiralförmigen Verstärkung und damit zur Etablierung einer "Planwirtschaft" tendiert. Dies ist auch ihr zentrales Argument gegen diskretionäre Staatsintervention.

Zusammenfassend läßt sich festhalten, dass das Forschungsprogramm beider Hauptströmungen des Neoliberalismus in ihren wirtschaftspolitischen Implikationen als Alternative zum Keynesianismus konzipiert ist. Im Gegensatz zur Neoklassik sind die Vorstellungen der deutschen Ordoliberalen bzw. der österreichischen Schule nicht durch eine Marktmechanik geprägt. Wirtschaftliche Dynamik spielt speziell bei Hayek - ganz im Gegensatz zum statischen Ansatz der Neoklassik - eine zentrale Rolle. Die deutschen Ordoliberalen haben speziell die politischen Institutionen theoretisch systematischer bearbeitet.

2.3 Wirkungsgeschichte des Neoliberalismus

Oftmals heisst es, die neoliberalen Wirtschaftstheoretiker seien in den beiden Nachkriegsjahrzehnten gegen den (vulgär-)keynesianischen Mainstream eine verschwindende Minderheit gewesen. Diese Aussage ist jedoch, wie Karl-Heinz Roth herausgearbeitet hat, zu nuancieren. In den beiden postfaschistischen Staaten **BRD** und **Italien**, aber auch in der Schweiz und in Belgien, war der Neoliberalismus bereits in der Nachkriegszeit wirtschaftspolitisch prägend. Neoliberale Ökonomen waren beispielsweise in der Adenauer-Ära in ministeriellen Schlüsselpositionen tätig - bis hin zum langjährigen Bundeswirtschaftsminister und späteren Bundeskanzler Ludwig Erhard. Sie waren auch in Wirtschaftsverbänden stark vertreten. Keynesianische Positionen waren in der BRD auch in den Universitäten minoritär. Speziell die BRD und Italien verfolgten stark exportorientierte, auf eine Disziplinierung der Arbeiterschaft gestützte Wiederaufbau- und Entwicklungsstrategien, die konzeptionell vom Neoliberalismus abgestützt wurden.

Anders stellten sich die Dinge in **Frankreich** und den **angloamerikanischen Ländern** dar. Hier gingen in Gefolge des antifaschistischen Krieges sozialreformistische Strömungen gestärkt aus dem 2. Weltkrieg hervor. Der nationale Lenkungsapparat ging aus Kriegswirtschaft und Wiederaufbau gestärkt hervor und wurde in Frankreich in Form der "Planification" auch institutionalisiert. Im Gefolge der Systemkonkurrenz des kalten Krieges wurde die Sozialstaatlichkeit ausgebaut. Konjunkturelle Schwankungen suchten die Regierungen mit keynesianischer Wirtschaftspolitik gering zu halten. Die Entwicklungsstrategien waren eher auf eine Binnenmarktentwicklung bezogen. Internationale politikleitende Organisationen wie die OECD und ihre Vorläufer waren in den 50er Jahren keynesianisch (im Sinne der neoklassischen Synthese) orientiert. Hier waren die Neoliberalen tatsächlich in der Minderheit. Gezielt schafften sie sich ein Netzwerk von Think Tanks, die Grundlagenforschung im Sinne ihres Forschungsprogramms betrieben. Sie waren auch international vernetzt. An der Spitze des internationalen Netzes stand die Mont Pèlerin Society, in der europäische und angloamerikanische neoliberale Ökonomen vertreten waren. Innerhalb der Mont Pelèrin Society lieferten sich beide Strömungen einen stillen Machtkampf. Aus diesem ging Anfang der 60er Jahre die angloamerikanische Fraktion gegen die deutsch-schweizerischen Ordoliberalen siegreich hervor. Die angloamerikanische Strömung sollte dann auch die maßgebliche Variante des Neoliberalismus nach seinem Durchbruch in den 70er Jahren sein.

Im Gefolge der Ende der 60er Jahre des 20. Jahrhunderts beginnenden Krise des fordistischen Wirtschaftsmodells lieferte der angloamerikanische Neoliberalismus das theoretische Rüstzeug für eine Wende in der Wirtschaftspolitik, die Finanz- bzw. Exportinteressen begünstigt. Das erste Labor neoliberaler Wirtschaftspolitik war das Chile der Rechtsdiktatur Pinochets (1973-1990). Hier engagierten sich zahlreiche Vertreter des Neoliberalismus, oft aus den Reihen der Mont Pelèrin Society, als Wirtschaftsberater. Später spielten sie speziell in der US-amerikanischen und britischen Wirtschaftspolitik der Regierungen Ronald Reagans und Margaret Thatchers in den 80er Jahren eine zentrale Rolle, wenngleich in den USA immer Bestandteile eines (Rüstungs-)Keynesianismus bestehen blieben. Auch in Deutschland ist heute eher Hayek als Eucken ein theoretisches Leitbild.

3 MONETARISMUS

3.1 Entstehung des Monetarismus

Politisch dem Neoliberalismus verbunden ist auch eine weitere Theorierichtung, der Monetarismus. Dieser ist wie der deutsche Ordoliberalismus und die österreichische Schule anti-keynesianisch orientiert, hat jedoch ein weit eingeschränkteres Forschungsprogramm. Der Kern der Arbeiten bezieht sich auf die monetäre Sphäre. Der wohl bekannteste Vertreter des Monetarismus ist Milton

Friedman von der University of Chicago, einer zweiten monetaristischen Generation gehören Karl Brunner und Allan H. Meltzer an. Die ersten Arbeiten datieren aus den 50er Jahren, wirkungsmächtig wurde der Monetarismus aber erst mit der Krise des Fordismus in den 70er Jahren des 20. Jahrhunderts.

3.2 Kerngedanken des Monetarismus

Die monetaristische Kernthese formuliert Karl Brunner wie folgt: "Der private Sektor absorbiert Schocks und formt sie in eine stabilisierende Bewegung um ... Die Hauptinstabilitäten und Unsicherheiten des ökonomischen Prozesses [gehen] auf das Verhalten des staatlichen Sektors zurück. Die Unsicherheiten sind im besonderen den Steuer- und Ausgabenprogrammen zuzurechnen sowie den Maßnahmen eingreifender Instanzen. Die Instabilität ist vor allem der Geld-, Kredit- und Fiskalpolitik zuzuschreiben."

Aus monetaristischer Sicht ist Geldpolitik wirksam, aber bei einer diskretionären Ausrichtung in ihrer Wirkung schwer vorherbestimmbar. Argumentiert wird die Geldpolitik von den Monetaristen weniger über eine Variation der Zinsen denn des **Geldangebots**. Das Geldangebot wird als **exogen** angenommen. Hiermit stellt sich Friedman in die Tradition der "Currency-Schule" des 19. Jahrhunderts und gegen die konkurrierende "Banking-Schule" und die in deren Tradition stehenden Keynesianer. Die Geldnachfrage wird für Friedman durch unterschiedliche Vermögensformen, Ertragsraten unterschiedlicher Anlagearten, Preisniveau und Inflationsrate beeinflusst. Wird die keynesianische Geldnachfrage durch Variationen des laufenden Einkommens beeinflusst, so ist das bei Friedman nicht der Fall. Denn bei Friedman ist das permanente Einkommen - unter Absehung kurzfristiger Schwankungen - die Bezugsgröße. Damit ist die Geldnachfrage bei Friedman wesentlich stabiler als bei den Keynesianern. Die Umlaufgeschwindigkeit ist in seinem Modell zwar nicht numerisch völlig stabil, wohl aber eine stabile Funktion verschiedener Variablen. In empirisch orientierten Aufsätzen behauptete Friedman hingegen sogar eine numerische Stabilität der Geldmenge, wie dies auch in der überkommenen Quantitätstheorie des Geldes der Fall ist. Wird bei einer solchen gedanklichen Konstruktion das exogene Geldangebot verändert, kommt es zu einer Destabilisierung. Grundsätzlich denkbar sind sowohl Realeinkommenswirkungen als auch reine Preiseffekte. Aus Friedmans Modell selbst läßt sich keine eindeutige Antwort gewinnen, welche Wirkungen vorherrschen würden. Aus monetaristischer Sicht wären realwirtschaftliche Wirkungen aufgrund von Verzögerungen in der Erwartungsbildung denkbar. Bei einer plötzlichen Geldmengenausweitung könnten Realzinsen und Reallöhne zunächst einmal sinken, da sich Erwartungsmuster und Verträge nicht sofort verändern. Bei unterausgelasteten Ressourcen kann es so zu vorübergehendem Wachstum von Beschäftigung und Produktion kommen. Wenn sich die Inflationserwartungen angepasst haben, gehen Beschäftigung und Produktion wieder auf ihr vorgeblich "natürliches" Niveau zurück. Die monetären Größen würden sich hingegen sehr wohl verändern. Wegen der schwer abschätzbaren Folgen diskretionärer Geldpolitik "wäre es für die geldpolitischen Institutionen" ratsam, so fassen Screpanti & Zamagni Friedmans geldpolitisches Credo zusammen, "das Geldangebot entsprechend dem Rhythmus des langfristigen realen Wachstums zu erhöhen und dem Markt die kurzfristigen Anpassungen zu überlassen." Eine auf das Geldangebot abgestellte Geldpolitik ist allerdings nur wirksam, wenn davon ausgegangen wird, dass das Geldangebot exogen bestimmt ist. Insofern ist dies eine der Schlüsselannahmen von Friedman. Diese Annahme ist äußerst umstritten. Mit anderem Begründungszusammenhang kommt Friedman mit der Forderung nach einer regelorientierten Geldpolitik auf einem zentralen Politikfeld zu ähnlichen Schlüssen wie der deutsche Ordoliberaler Walter Eucken.

Scharf wenden sich die Monetaristen gegen die keynesianische Fiskalpolitik. Friedman behauptet, dass im Gegensatz zu keynesianischen Annahmen nicht das laufende, sondern das langfristig erwartete "permanente" Einkommen entscheidend für die Konsumausgaben sei. Wird das Einkommen durch staatliche Politik kurzfristig erhöht, so hat dies für die Konsumausgaben kaum Wirkungen. Insoweit ist antizyklische Fiskalpolitik für Friedman wirkungslos. Schlimmer noch, die Wirkungen einer schuldenfinanzierten expansiven Fiskalpolitik können sogar negativ sein. Bei gegebenem Geldangebot führt die erhöhte Staatsverschuldung zu erhöhten Zinsen und verdrängt private Kreditnachfrage und Investitionen. Dies ist die These vom "crowding out". Die Prämissen dieser These legt Friedman nicht vollständig dar. Insgesamt ist jedoch festzuhalten, dass

diskretionäre Fiskalpolitik für Friedman bestenfalls wirkungslos ist. Gegen eine diskretionäre Wirtschaftspolitik führt Friedman allgemein ins Feld, dass es zu Wirkungsverzögerungen komme.

Die Frage der Erwartungsbildung ist von Neo-Monetaristen, speziell Robert E. Lucas Jr., weiter entwickelt worden. Lucas hat das **Modell "rationaler Erwartungen"** entworfen. Demnach werden Erwartungen nicht aufgrund früherer Erfahrungen, sondern aufgrund aller verfügbarer Information und der "korrekten" ökonomischen Theorie, d.h. jener von Lucas selbst, gebildet. Das korrekte wirtschaftliche Modell erlaubt die Bestimmung der "wahren" Gleichgewichtswerte wirtschaftlicher Variablen. Das Modell rationaler Erwartungen ist eine aktualisierte Fassung der neoklassischen Annahme "perfekter Voraussicht", allerdings hält es stochastische Störungen für möglich. Verfolgt eine Regierung eine systematische expansive Politik, die vom "natürlichen" Pfad abweicht, so erkennen für Lucas die wirtschaftlichen Akteure das und lassen diese Politik ins Leere laufen. Wie kann es nun doch zu konjunkturellen Schwankungen kommen? Aus Sicht der Neo-Monetaristen sind solche Schwankungen möglich, wenn es zu exogenen Schocks kommt oder eine Regierung eine nicht-systematische und daher schwer entzifferbare Wirtschaftspolitik betreibt. Diese Interpretation setzt allerdings unvollständige Information voraus.

Zusammenfassend läßt sich also festhalten, dass für die Monetaristen der private Sektor inhärent stabil und zum Gleichgewicht tendierend ist. Störungen kommen von außen, speziell von der staatlichen Wirtschaftspolitik. Diskretionäre Wirtschaftspolitik ist entweder destabilisierend oder unwirksam. Der Vorstellung einer mechanischen Wirkung staatlicher Politik des Keynesianismus der neoklassischen Synthese setzen die Monetaristen die implizite Vorstellung einer zum Gleichgewicht tendierenden Marktmechanik entgegen. Im Kern teilt Friedman zentrale Modellannahmen der neoklassischen Synthese, geht jedoch von einigen anderen Verhaltensmustern aus. Teils hat er versucht hierfür empirische Belege zu bringen. Diese sind umstritten. So kann, wie Felderer & Homburg feststellen, aus der engen Korrelation von Geldmenge und Nominaleinkommen nicht der Schluss gezogen werden, "dass die erstere Variable die letztere determiniert. Vielmehr ergibt sich eine hohe Korrelation auch und gerade dann, wenn die Geldmenge endogen ist." Gerade die Determinierung des Nominaleinkommens durch die Geldmenge ist aber eine Schlüsselthese der Monetaristen, von denen ihr wirtschaftspolitisches Konzept zentral abhängt. So ist der methodische Einwand gegen die empirische Herleitung eine Infragestellung des Kerns von Friedmans Thesen.

3.3 Wirkungsgeschichte des Monetarismus

Ähnlich wie andere Varianten des Neoliberalismus entfaltete der Monetarismus seine Hauptwirkung im Gefolge der Krise des Fordismus. Das erste monetaristische Exerzierfeld war in den 70er Jahren die chilenische Rechtsdiktatur. Etwas später wurden monetaristische Rezepte auch in westlichen Ländern angewandt. Die stärkste Wirkung ging von der monetaristischen Wende in der US-amerikanischen Geldpolitik Ende der 70er Jahre des 20. Jahrhunderts aus. Dort hatte eine geldmengenorientierte Zentralbankpolitik einen starken Anstieg der Realzinsen zur Folge. Dies verteuerte die Staatsverschuldung. Die Hochzinspolitik schränkte damit die Verschuldungsspielräume und damit Optionen antizyklischer Fiskalpolitik ein. Die Wirkung der Hochzinspolitik blieb nicht auf die USA beschränkt. Da der US-Dollar die internationale Leitwährung ist, erhöhten sich auch in anderen Währungsgebieten die Zinsen. Damit schwanden auch hier Spielräume für keynesianische Wirtschaftspolitik. Am stärksten war die Wirkung auf die Dritte Welt. Viele Staaten der Dritten Welt gerieten infolge der US-amerikanischen Hochzinspolitik in eine akute Verschuldungskrise. In Gefolge von Umschuldungsverhandlungen mussten sie ihre Wirtschaftspolitik drastisch in eine neoliberale Richtung umstellen. Monetaristische Wirtschaftspolitik hebelte zentrale Voraussetzungen keynesianischer Wirtschaftspolitik bzw. des "Desarrollismo" als dessen Gegenstück in der Dritten Welt aus. Statt Industrie und Schuldner begünstigte die monetaristische Wirtschaftspolitik den Finanzsektor und damit Gläubiger und Rentiers. Es scheint jedoch, dass der Monetarismus seine stärkste Wirkung in den Jahren der Wende - späte 70er Jahre sowie 80er Jahre - hatte. In der Geldpolitik ist in der Tendenz eine Rückkehr zum Keynesianismus festzustellen, die allerdings in den USA stärker ausfällt als in Westeuropa. Die wirtschaftspolitische Wirkung der österreichischen Schule - mit ihrem noch stärker grundsätzlich angelegten Programm - scheint dauerhafter zu sein als jene des Monetarismus.

4 POLIT-ÖKONOMISCHE DEBATTEN NACH DEM FORDISMUS

Die fordistische Entwicklungsphase war in den meisten westlichen Staaten durch eine wirtschaftspolitische Ausrichtung auf den "hydraulischen Keynesianismus" gekennzeichnet. Verwandte wirtschaftspolitische Konzeptionen prägten auch die Entwicklungsstrategien in der Dritten Welt. Das Ende des Fordismus war - mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung - auch mit einem Bruch in der vorherrschenden wirtschaftspolitischen Doktrin verbunden. In der Regel traten an die Stelle des "hydraulischen Fordismus" klarer liberal konturierte wirtschaftspolitische Vorstellungen. Ein derartiger Wechsel wurde vor allem von der Unternehmerseite eingefordert. Es traten seit den 60er Jahren aber auch Gegenbewegungen auf die politische Bühne - StudentInnenbewegung, linke Gewerkschaften, globalisierungskritische Bewegungen, Frauen- und Ökologiebewegung. Diese Vielfalt schlägt sich auch in einer Vielfalt neuer oder aktualisierter Fragestellungen in der wirtschaftswissenschaftlichen Diskussion nieder. Hier sollen drei Themenkreise herausgegriffen werden: die sich kritisch verstehende **Globalisierungsdebatte**, die **feministische** und die **ökologische Theoriebildung**.

4.1 Die Globalisierungsdebatte: Welt-System-Theorie versus Regulationstheorie

Im Zentrum der kritischen Debatte über die internationalen Wirtschaftsbeziehungen stand in den späten 60er und den 70er Jahren das Nord-Süd-Verhältnis. In Fortentwicklung einer lateinamerikanischen Diskussion, die bis in die 40er Jahre zurückgeht, wurde in der **Dependenztheorie** auf die Asymmetrie der wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zwischen Zentrum (Industrieländer) und Peripherie ("Entwicklungsländer") abgestellt. Die Herausbildung dieser ungleichen Beziehungsmuster wurde bis in die Kolonialzeit zurückverfolgt. Das so entwickelte Spezialisierungsmuster im Handel - im wesentlichen Rohstoffe versus Industriegüter - sei für die Peripherieländer ungünstig. Es werde durch die Übernahme westliche Konsumnormen noch verschärft. Die Direktinvestitionen von Industrieunternehmen in der Dritten Welt bedeuteten eine neue Form der internationalen Wirtschaftsbeziehungen, verfestigten aber durch Technologiewahl, Gewinnüberweisungen etc. die Abhängigkeit. Der Ausweg wurde in einer stärker binnenzentrierten Industrialisierung gesehen. Die Massennachfrage sollte durch eine Umverteilungspolitik gestärkt werden, die Binnenorientierung durch eine gezielte Umstrukturierung der Außenwirtschaftsbeziehungen flankiert werden. Für manche Dependenztheoretiker, wie André Gunder Frank, war eine solche Politik nur durch einen Bruch mit der kapitalistischen Wirtschaftsordnung zu erreichen, während andere Dependenztheoretiker, wie der spätere brasilianische Staatspräsident Fernando Henrique Cardoso, auch reformistische Veränderungsmöglichkeiten sahen. Zur politischen Umsetzung dieser Politik ist es allerdings kaum gekommen. Die Abwendung der Nationalstaatsperspektive zu einem globalen Analyserahmen sollte jedoch in den 80er und 90er Jahren eine Aktualisierung erfahren.

Diese Aktualisierung erfolgte in der "Globalisierungsdebatte". Der Begriff der Globalisierung blieb unscharf. Für manche implizierte er die Herausbildung globaler (und nicht mehr internationaler) Wirtschaftsbeziehungen, für andere die weltweite Durchsetzung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung und für Dritte war er Deckmantel für die internationale Durchsetzung neoliberaler Wirtschaftspolitik.

Ein Strang der Debatte war die **Welt-System-Theorie**, die in engem Zusammenhang mit dem Dependenzansatz in den 70er Jahren entstand. Vertreter des Welt-System-Ansatzes, wie der US-Amerikaner Immanuel Wallerstein, behaupteten mit der europäischen Expansion habe sich im 16. Jahrhundert ein kapitalistisches Weltsystem mit globalen Austauschbeziehungen herausgebildet. Politische Stützung habe es durch internationale Staatensystem erhalten. Das Weltsystem zeichne sich durch eine grundlegende Spaltung in Zentrum und Peripherie sowie der Herausbildung einer das Gesamtsystem stabilisierenden Semiperipherie teilindustrialisierter Regionen aus. War die Weltsystemtheorie in den 70er Jahren stark auf die Analyse des Verhältnisses zwischen Zentrum und Peripherie ausgerichtet gewesen, standen in den 90er Jahren eher die Veränderungen in den

Industrieländern im Vordergrund.

Wissenschaftler/innen wie Manuel Castells behaupteten, mit den Informationstechnologien erhalte das globale Netz wirtschaftlicher und informationeller Flüsse eine neue Qualität. Es bilde sich eine Informationsgesellschaft heraus. Besonders wichtige Träger der Informationsgesellschaft seien die im IT-Bereich Beschäftigten. Die Veränderungen von Gesellschaft, Politik und Raum sind für Castells technisch determiniert. Die neue Informationstechnik bedeutet die Herausbildung globaler Netzwerke und einen Bedeutungsverlust des Nationalstaates. Im Kern hält Castells den Globalisierungsprozess für politisch nicht gestaltbar. Politisch sind die technisch-ökonomischen Sachzwänge zu exekutieren. Es gelte sich in der globalen Konkurrenz zu behaupten. Besonders wichtige Akteure in der Konkurrenz sind für Castells Städte als Knotenpunkte der wirtschaftlichen und informationellen Flüsse. Die Städte können sich im Wettbewerb positionieren. Machen sie das geschickt, so können sie auch Ressourcen acquirieren. Diese würden ihnen erlauben, sich einerseits im Wettbewerb noch besser zu positionieren und andererseits den sozialen Zusammenhalt zu stärken.

Andere Wissenschaftler, wie beispielsweise Dirk Messner, setzen hingegen auf globale Regulierungen, um die sozialen Konsequenzen der Globalisierung abzumildern. Im Kern behauptet diese Varianten des Weltsystemansatzes, die oft der Sozialdemokratie nahestehen, also einen technischen Determinismus, eine wirtschaftliche Aufwertung des Globalen und Lokalen (auch "Glokalisierung" genannt) wie einen (wirtschaftlichen wie politischen) Bedeutungsverlust des Nationalstaates.

Einen Gegenentwurf sowohl zum Geschichtsdeterminismus, wie er Castells in der Tradition einer bestimmten Marxinterpretation deutlich wird, als auch zu Ansätzen des methodologischen Individualismus (v.a. der Neoklassik) markiert der **Regulationsansatz**. Er stellt zunächst eine historisierende Fortentwicklung des marxistischen Ansatzes dar, griff später aber auch institutionelle, keynesianische und post-keynesianische Diskussionen auf. Der Regulationsansatz wurde in den 70er Jahren zunächst in Frankreich entwickelt. Seine wichtigsten Vertreter wie Gérard Destanne de Bernis, Michel Aglietta, Robert Boyer oder Alain Lipietz arbeiteten eher an Institutionen der französischen Planification denn an Universitäten. Diese bemerkten bei ihrer praktischen Arbeit, dass die im Kontext des Fordismus entstandenen Instrumente der Planification immer weniger griffen. Das war Ausgangspunkt eines Forschungsprogramms, das zu erklären versuchte, wie eine grundsätzlich widersprüchliche Wirtschaftsordnung wie der Kapitalismus überhaupt vorübergehend stabilisiert werden kann.

Im Rahmen ihrer Forschungen entwickelten sie Konzepte mittlerer Reichweite, die es erlaubten, die abstrakten Begrifflichkeiten des Marxismus auf zeitlich wie räumliche konkrete Konstellationen herunterzubrechen. In der Tradition des Marxismus sehen die Regulationisten im Kapitalismus den Zwang zur Akkumulation angelegt. Doch kann die Akkumulation über Zeit und Raum unterschiedliche Formen annehmen. Diese lassen sich typologisieren. Die Typologisierung kann anhand verschiedener Achsen erfolgen. Zu diesen Achsen gehören die Form der Mehrwerterzielung, die Innen- bzw. Außenorientierung einer Ökonomie oder aber auch die Ausrichtung der Kapitalveranlagung auf die produktive oder die Finanzsphäre. In bestimmten Phasen und Räumen kann vorübergehend eine bestimmte Form der Akkumulation stabilisiert werden. In einem solchen Fall sprechen die Regulationisten von einem "Akkumulationsregime".

Eine Stabilisierung bedarf eines passenden Satz von gesellschaftlichen Normen, politischen und rechtlichen Regulierungen. Diese werden als "Regulation" bezeichnet, was sich später dann auch als namenprägend für die Regulationsschule erwies. Die Regulationisten identifizierten einige zentrale Felder widersprüchlicher gesellschaftlicher Verhältnisse, welche durch die Regulation bearbeitet werden:

- * das Lohnverhältnis, das sich auf das Verhältnis von Kapital und Arbeit bezieht
- * das Konkurrenzverhältnis
- * die Geldrestriktion
- * und zuweilen die ökologische Restriktion

Diese Felder werden auch als "strukturelle" oder "institutionelle Formen der Regulation" bezeichnet. Soziale Akteure ringen auf diesen Feldern darum, ihre Vorstellungen gesellschaftlich durchzusetzen und dann den entsprechenden Sanktus durch staatliche Stellen zu bekommen. Damit ist die

Wirtschaftspolitik ein umkämpftes Feld. Eine wirtschaftspolitische Vorschlag kann zwar technisch kohärent sein, ohne eine entsprechende gesellschaftliche Akzeptanz läuft er jedoch ins Leere. Dies ist eine radikale Kritik der positivistischen Vorstellung, es gäbe nur eine einzige "richtige" Konzeption der Wirtschaftspolitik.

Das Finden einer passenden Wirtschaftspolitik ist aus regulationistischer Sicht nicht nur eine "technische", sondern eine eminent gesellschaftspolitische Frage. Es ist durchaus möglich, dass sich aus den gesellschaftlichen Kontroversen eine uneinheitliche, sprunghafte Wirtschaftspolitik ergibt. Diese ist kennzeichnend für Krisen. Gelingt es einer gesellschaftlichen Allianz ihre wirtschaftspolitische Konzeption durchzusetzen und erweist sich diese als passend zu den Formen der Akkumulation, so sprechen Regulationisten von einer stabilisierten "Regulationsweise".

Nun stellt sich auch die Frage, inwieweit sich Akkumulationsregime und Regulationsweise räumlich decken, beispielsweise in Richtung Nationalstaat konvergieren. Der Nationalstaat war für die Mehrheit der Regulationisten zunächst der räumliche Bezugsrahmen ihrer Analysen. Dies war auch insofern plausibel, als sich während des Fordismus zentrale wirtschaftliche und politische Prozesse in den von ihnen vornehmlich analysierten Staaten - den U.S.A. und Frankreich - vornehmlich im nationalen Rahmen abspielten. Ein zentrales Element der Krise war für die Regulationisten, dass die Prozesse der Akkumulation ab den 70er Jahren zunehmend den nationalstaatlichen Rahmen überschritten, die Regulation hingegen überwiegend auf den Nationalstaat bezogen blieb. Neuere regulationistische Analysen - z.B. von Erik Swyngedouw, Jean-Pierre Chanteau oder Joachim Becker - verweisen nun darauf, dass sich nicht nur die Räumlichkeit der Akkumulation, sondern auch der Regulation verändern kann. So können neue Ebenen der Regulation, z.B. durch die regionale Integration, entstehen, kann sich das Verhältnis zwischen verschiedenen räumlichen Ebenen der Staatlichkeit (lokal, national, supranational) verändern. Diese Veränderung ist Gegenstand politischer Konflikte. Damit ist aus dieser veränderten regulationistischen Sichtweise grundsätzlich eine räumliche Mehrebenenanalyse sinnvoll. Sie stellt sowohl das tradierte Konzept einer "Nationalökonomie" wie auch die modische Vorstellung eines "Weltsystems" infrage. Es gibt aus dieser Sicht eine "variable Geografie".

Der Regulationsansatz hat vor allem zweierlei geleistet: Erstens hat er eine Verräumlichung und Verzeitlichung der Konzepte einer sich kritisch verstehenden Wirtschaftstheorie gebracht. Zweitens hat er explizit die Bildung wirtschaftspolitischer Konzeptionen an gesellschaftliche Veränderungsprozesse und Konflikte rückgebunden. Damit kritisiert er die Vorstellung einer einzig "wahren" Wirtschaftspolitik. Akademische Resonanz hat er unter ÖkonomInnen vor allem in jenen Ländern gefunden, in denen die Neoklassik traditionell eher schwach gewesen ist, wie Frankreich, Japan, lateinamerikanische Staaten. Bemerkenswert ist, dass der Regulationsansatz auch von anderen sozialwissenschaftlichen Disziplinen (z.B. Politikwissenschaft, Geographie) aufgegriffen und fortentwickelt worden ist.

4.2 Frauenbewegung und Feministische Ökonomie

Von Theoretikern der politisch-ökonomischen Entwicklung des 20. Jahrhunderts werden die beiden politischen Strömungen, die Umwelt- und die Frauenbewegung, als die Erfolgreichsten angesehen. Sind die Anfänge der Frauenbewegung in der Moderne einerseits in den Suffragetten, andererseits in der sozialistischen Frauenbewegung am Beginn des 20. Jahrhunderts zu finden, die zu dieser Zeit das Wahlrecht, das Recht auf Ausbildung (wie den Universitätszugang) und arbeitsrechtliche Absicherungen erkämpften, gab es mit der 68er Bewegung einen neuen Aufschwung der Frauenbewegung. Diese Renaissance der Frauenbewegung hat sich auch in der polit-ökonomischen Beschäftigung mit der Rolle von Frauen in der Ökonomie niedergeschlagen. Ist für die einen das Geschlecht nur eine zusätzliche statistische Größe, nach der Daten mit traditionellen ökonomischen Methoden aufbereitet werden, verlangen andere ein Neudenken der Ökonomie, um die Geschlechterdiskriminierung zu bekämpfen.

Für wirtschaftswissenschaftliche Agenden hieß dies einerseits, dass ab den 70er Jahren die Rolle der Frauen für die Ökonomie vorrangig und konsequent beleuchtet wurde. Dass unser kapitalistisches Wirtschaftssystem keineswegs aus sich heraus Gleichheit zwischen den Geschlechtern herzustellen

imstande ist, kann als "common sense" bezeichnet werden. Wie dieser Ungleichbehandlung beizukommen ist, darüber gehen die Meinungen allerdings weit auseinander. Die Anliegen der Frauenbewegung seien hier am Beispiel von Arbeit und Arbeitsmärkten kurz verdeutlicht.

Es gab in den letzten Jahrzehnten sowohl Stillstand als auch Bewegung in der politischen und ökonomischen Position von Frauen. Einerseits sind verschiedene rechtliche Diskriminierungen von Frauen aufgehoben worden (z.B. Ende der 70er Jahre in Österreich die unterschiedlichen Kollektivvertragslöhne für Männer und Frauen), die Frauenerwerbsbeteiligung ist seit dem Zweiten Weltkrieg kontinuierlich gestiegen, sowohl in europäischen Ländern als auch in den USA, es wurden spezielle Ausbildungs-, Qualifizierungsprogramme sowie Frauenförderpläne gestartet, manche politischen Parteien führten Quoten ein, um den Frauenanteil an FunktionärInnen zu erhöhen, es gab und gibt ein gewisses Bewußtsein darüber, dass die Sprache, die wir verwenden, männlich determiniert ist etc.

Wenn auch die Erwerbsbeteiligung von Frauen in den letzten Jahrzehnten kontinuierlich und anhaltend gestiegen ist (d.h. Frauen bilden nicht mehr die "Reservearmee" an Arbeitskräften, die nur in Hochkonjunktur- bzw. Kriegszeiten zur Erwerbsarbeit zugelassen wird), so erfährt doch nichtsdestotrotz ein Großteil der Frauen strukturelle Benachteiligungen am Arbeitsmarkt. Als Beispiele dafür seien genannt: Frauen verdienen um rund ein Drittel weniger als Männer (diese Lohnunterschiede sind in der Längsschnittanalyse erstaunlich persistent), der Arbeitsmarkt ist hoch segregiert insofern, als sich Frauenbeschäftigung auf spezifische Branchen und Jobs vorwiegend im Niedriglohnbereich konzentriert, wie auch die Tatsache, dass in führenden Positionen der Frauenanteil sehr gering ist.

Das bürgerliche Ideal der Frau als Hausfrau und Mutter (das bereits in seiner Hochblüte im 19. Jahrhundert empirisch nicht haltbar war, dass für viele Frauen Erwerbsarbeit zur Existenzsicherung für sie und ihre Familie notwendig war), wurde im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts im Zuge der Emanzipation der Frauen zunehmend zurückgedrängt. Frauen streben immer häufiger eine eigene ökonomische Existenz an, ohne dass die traditionelle Arbeitsteilung, die ihnen die Hauptverantwortung für Haus- und Familienarbeit zuschreibt, sich verändern würde. Somit führen Frauen zentrale wichtige Tätigkeiten für das Funktionieren einer Ökonomie aus, tun dies aber in vielen Bereichen nicht marktvermittelt (nicht als bezahlte, sondern als unbezahlte Arbeit) und daher nicht bewertet und wertgeschätzt.

Während ein Teil der feministischen Forschung **Gender Mainstreaming** (d.h. das Gender-Problem in alle Bereiche des wirtschaftlichen, politischen und sozialen Lebens zu integrieren und zu problematisieren) als nutzbringenden Ansatz zur Verbesserung der Rolle der Frauen sieht, sind es andere feministische TheoretikerInnen (allen voran die Bielefelder Gruppe), die argumentieren, dass in unserem Wirtschaftssystem die Unterdrückung der Frauen notwendig ist, um das System aufrechterhalten zu können, Frauen daher niemals den Männern gleichgestellt werden können (bzw. nur unter Gefahr des Zusammenbruchs ebendieses Systems). Sie plädieren daher für ein bewußtes "Aussteigen" der Frauen aus der kapitalistischen Produktion und ein Zurückgehen auf Subsistenzproduktion, um unsere Form des Wirtschaftens zu reformieren bzw. menschlicher und egalitärer zu gestalten. Jedenfalls beinhaltet jegliche Debatte, dass für eine Gleichstellung der Geschlechter auch eine egalitärere Verteilung der Haus- und Familienarbeit vonnöten ist.

Aufbauend darauf, ist es im Rahmen der internationalen Frauenbewegung in der letzten Dekade, seit der Frauenkonferenz in Peking 1995, zu einer vermehrten Zusammenarbeit zwischen Frauen aus Industrie- und Entwicklungsländern gekommen. Dabei ist es als Reaktion auf die negativen Auswirkungen der neoliberalen Politik und deren Strukturanpassungsprogrammen zu einer erweiterten Beschäftigung mit makroökonomischen Fragen und Wirtschaftspolitik aus feministischer Perspektive gekommen. Beispiele dafür sind: Geschlechtsspezifische Budgetanalysen, Gender-Wirkungen von Handels-, Umwelt-, Technologie-, Struktur- sowie Agrarpolitik.

4.3 Die Ökologiedebatte

Der Bericht des Club of Rome zu den "Grenzen des Wachstums" schuf 1972 eine größere Resonanz für ökologische Fragestellungen. Diese Resonanz konnte er nur schaffen, dass die Sensibilität für die mit dem industriellen Wachstum verbundenen Umweltbelastungen gestiegen war. Die ökologische Diskussion ging in den Wirtschaftswissenschaften in unterschiedliche Richtungen.

In der neoklassischen Diskussion wurden ökologische Probleme vor allem auf das Fehlen von Eigentumsrechten bzw. die fehlende Berücksichtigung von Umweltbelastungen in der Preisbildung zurückgeführt. Entsprechend fordern neoklassische ÖkonomInnen die Schaffung privater Eigentumsrechte und die Internalisierung der externen Umweltkosten.

Andere Richtungen der ökologischen Diskussion, wie beispielsweise die **ökologische Ökonomie** im Sinne Joan Martínez-Aliers, halten die Umweltkosten nicht für nutzenmäßig oder preislich kommensurabel. Damit greifen sie - nun in ökologischem Gewand - Elemente der Planungsdebatte zwischen Neurath und den liberalen Ökonomen der Zwischenkriegszeit wieder auf. Wird die nutzenmäßige und preisliche Kommensurabilität bestritten, stellen sich komplexe Meß- und Bewertungsprobleme. Umweltbelastungen und erreichte Umweltstandards wären dann jeweils durch spezifische Indices zu erfassen. Die Schaffung und Anwendung einer ökonomiebezogenen Umweltrechnung stellt eines der Hauptbetätigungsfelder der ökologischen Ökonomie dar. Aus den Indices sind jedoch umweltpolitische Maßnahmen nicht direkt ableitbar, vielmehr müssen bewußte Wertungen vorgenommen werden, welche die Grundlage für politische Entscheidungen sind. Kritische ökologische ÖkonomInnen verweisen auch darauf, dass ökologische Prozesse irreversibel und zeitlich gerichtet sind. Das widerspricht den neoklassischen Modellannahmen der Reversibilität. Auch aus dieser Sicht stellt sich die Frage des politischen Umgangs mit Umweltproblemen in größerer Schärfe.

In der politischen Diskussion sind die ökologisch-ökonomischen Fragestellungen unter dem Begriff des "**Sustainable Development**" - ins Deutsche missverständlich und schlecht als "nachhaltige Entwicklung" übersetzt - eingegangen. Der 1968 erstmals verwendete und seit den 80er Jahren popularisierte Begriff des "Sustainable Development" deutet an, dass bestimmte Formen von Wachstumsprozessen ökologisch möglicherweise nicht durchhaltbar ("sustainable") wären. Doch ist der Begriff insgesamt sehr unscharf und vielseitig interpretierbar geblieben. Faktisch durchgesetzt hat sich eher eine liberale Interpretation des Begriffs, der bei der Erreichung bestimmter Umweltstandards auf preis-basierte Instrumente setzt. Die kritischeren Sichtweisen befinden sich in der politischen Praxis in einer Minderheitsposition.

LITERATUR

BECKER, Joachim : Akkumulation, Regulation, Territorium. Zur kritischen Rekonstruktion der französischen Regulationstheorie. 2002

BLACKBURN, Robin : Fin de Siecle: Socialism after the Crash. In: Blackburn, Robin (Ed.) : After the Fall. The Failure of Communism and the Future of Socialism

BÖNKER, F. / WAGENER, H.J. : Hayek and Eucken on State and Market Economy. In: Labrousse, A. / Weisz, J.D. (Ed.) : Institutional Economics in France and Germany. German Ordoliberalism versus the French Regulation School

BOYER, R. / SAILLARD, Y. (Ed.) : Regulation Theory. The State of the Art. 2002

CASTELLS, Manuel : Das Informationszeitalter. 2001

COSTANZA, R. (Ed.) : Ecological Economics. The Science and Management of Sustainability. 1991

DOBB, Maurice : Organisierter Kapitalismus. Fünf Beiträge zur politischen Ökonomie. 1966

EHRLICHER, W. / BECKER, W. : Die Monetarismus-Kontroverse. 1978

- EUCKEN, Walter : Die Grundlagen der Nationalökonomie. 3.A. 1943
- EUCKEN, Walter : Grundsätze der Wirtschaftspolitik. 1950
- FELDERER, B. / HOMBURG, S. : Makroökonomik und neue Makroökonomik. 5.Aufl. 1991
- FRIEDMAN, Milton : Die optimale Geldmenge und andere Essays. 1970
- FRIEDMAN, Milton : Kapitalismus und Freiheit. 1971
- HAYEK, Friedrich A. v. : Der Weg zur Knechtschaft. 1991
- HAYEK, Friedrich A. v. : Die Verfassung der Freiheit. 3.A. 1991
- HEINRICH, R. / NEMETH, E. : Otto Neurath: Rationalität, Planung, Vielfalt. 1999
- KALMBACH, P. (Hg.) : Der neue Monetarismus. 1973
- MARTINEZ-ALIER, Joan : Ecological Economics. Energy, Environment and Society. 1990
- MISES, Ludwig : Die Gemeinwirtschaft: Untersuchungen über den Sozialismus. 1922
- MISES, Ludwig : Liberalismus. 1927
- NEURATH, Otto : Wirtschaftsplan und Naturalrechnung. Von der sozialistischen Lebensordnung und vom kommenden Menschen. 1925
- PLEHWE, D. / WALPEN, B. : Wissenschaftliche und wissenschaftstheoretische Produktionsweisen im Neoliberalismus. In: Prokla 115. 1999
- PLEHWE, D. / WALPEN, B. : Wahrheitsgetreue Berichte über Chile - Die Mont Pelerin Society und die Diktatur Pinochets. In: 1999 - Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts 16/2. 2001
- ROTH, K.H. : Klienten des Leviathan: Die Mont Pelerin Society und das Bundeswirtschaftsministerium in den fünfziger Jahren. In: 1999 - Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts 16/2. 2001
- RÜSTOW, Alexander : Das Versagen des Neoliberalismus. 2001
- SCREPANTI, E. / ZAMAGNI, S. : An Outline of the History of Economic Thought. 1995
- TULLNEY, M. / WOLF, D. : Varianten des autoritären Liberalismus. In: 1999 - Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts 16/2. 2001